

Grossratssession Februar 2014: Bericht der SP-See -Deputation

Neues Schulgesetz; erste Lesung: Nicht weniger als 17 Kommissionssitzungen waren notwendig, um dem Grossen Rat diesen ausgewogenen Entwurf vorzulegen. Statt 134 soll das neue Gesetz nur noch 109 Artikel umfassen und soll insbesondere den neuesten Entwicklungen des Schulwesens und der Gesellschaft entsprechen. erhalten auch die Primarschulkreise – nach dem Vorbild der Orientierungsschulen - **Schulleitungen**. Es war umstritten, ob es dafür zehn Klassen braucht oder nur acht. Die Meinung der Kommission obsiegte, die ein Minimum von **zehn Klassen**, die auf mehrere Standorte aufgeteilt sein können, vorsieht. Für die meisten Seebezirkler nicht nachvollziehbar war die konservative Haltung der Mehrheit des Grossen Rates, die dem Antrag auf **Flexibilisierung der Ferien**, d.h. auf Loslösung der starren Ferienregelung von den christlichen Feiertagen, trotz der einleuchtenden Argumentation von Hugo Raemy nicht folgte. Gleich erging es einem Antrag, die **Religionsstunden** statt mitten im Stundenplan am Anfang oder am Ende des Tages anzusetzen, damit die vielen Kinder, die keinen Religionsunterricht besuchen, nicht betreut werden müssten. Beide Vorstösse wurden als Angriff auf die christliche Tradition des Kantons (miss-) verstanden. Vielsagend war hingegen, dass ein **Burkaverbot** in den Schulen die Mehrheit des Grossen Rates zu überzeugen vermochte, obwohl es fraglich ist, ob der Antragsteller im Kanton schon je Burkträgerinnen gesichtet hat, und der neue Erziehungsdirektor, Jean-Pierre Siggen, unterstrich, dass ein Verbot sogar schädlich sein könne. Neu soll der **Elternrat eine feste Institution** werden, während die Einrichtung einer Schulkommission fakultativ bleibt. Eine angenehme Überraschung war, dass ein Antrag zur **Förderung der Zweisprachigkeit bereits im Kindergartenalter** Zustimmung fand. Das bestätigt die Vermutung, dass sich die Einstellung zur Zweisprachigkeit im Kanton Freiburg in den letzten zehn Jahren – im Vergleich noch zu den Diskussionen im Verfassungsrat - stark geändert hat. Immer mehr junge und aufgeschlossene Freiburgerinnen und Freiburger sehen ein, dass die Zweisprachigkeit des Kantons tatsächlich ein echter Trumpf ist, den es auszuspielen gilt. Insgesamt widerspiegelte der Entwurf bisher den Willen der Mehrheit des Grossen Rates, so dass sehr viele verschiedene Anträge – trotz teilweise langer Wortmeldungen – bachab geschickt wurden. Das Gesetz wird in der Märzsession weiter behandelt.

Milizfeuerwehrleute: Volksmotionen hatten in der Vergangenheit einen schweren Stand. Der Vorstoss, den Milizfeuerwehrleuten einen steuerlichen Freibetrag von CHF 9'000.—(statt wie bisher CHF 5'000.--) zuzugestehen, fand jedoch über die Parteigrenzen hinweg eine Mehrheit im Grossen Rat. Der Staatsrat lehnte die Motion ab mit der Begründung, dass gesellschaftliche Probleme nicht mit Steuerpolitik gelöst werden sollen, honorierte jedoch die Arbeit dieses für unsere Gesellschaft unabdingbaren Dienstes.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer